

## **Schriftliche Kleine Anfrage**

der Abgeordneten Dr. Dorothee Stapelfeldt (SPD) vom 08.07.10

### **und Antwort des Senats**

**Betr.: Sondervermögen Hochschulbau (II)**

*In der Bürgerschaftssitzung am 2. Juli 2010 wurde ein Antrag der GAL mit dem Titel „Ergebnisoffene Prüfung des Hochschulbaus“ (Drs. 19/6626) beschlossen. Damit wurde der Senat aufgefordert, eine ergebnisoffene Prüfung vorzunehmen, welche Organisationsformen am besten geeignet sind, den Investitions- und Sanierungstau an den Hochschulen aufzulösen. Das Ergebnis der Prüfung soll der Bürgerschaft zur Entscheidung vorgelegt werden. Eine Vorfestlegung auf ein Sondervermögen Hochschulbau sei nicht sinnvoll.*

*Der Senat hat in seiner Haushaltsklausur am 14. und 15.06.2010 ebenfalls beschlossen, neben der Option der Einrichtung eines Sondervermögens alternativ auch andere Optionen zur Behebung des Investitions- und Sanierungstaus im Bereich der Hochschulen zu prüfen.*

*Zugleich sind in den Stellenausschreibungen der Freien und Hansestadt Hamburg für den Veröffentlichungszeitraum 01.06.2010 bis 15.06.2010 bereits mehrere Stellen im Zusammenhang mit dem Sondervermögen Hochschulbau ausgeschrieben worden – unter anderem die der stellvertretenden Leitung des Referates „Steuerung der Sondervermögen“ in der Finanzbehörde (Regierungsdirektorin oder Regierungsdirektor beziehungsweise Tarifbeschäftigte oder Tarifbeschäftigter (Besoldungsgruppe A 15 beziehungsweise EGr. 15). Der Bewerbungsschluss für letztere Stelle war der 05.07.2010.*

*Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:*

- 1. Wie sind vor dem Hintergrund des obigen Senatsbeschlusses und des Bürgerschaftsbeschlusses diese Stellenausschreibungen zu verstehen?*
- 2. Hält der Senat beziehungsweise die zuständige Behörde an der Besetzung der ausgeschriebenen Stellen fest?*
- 3. Wenn ja, wie begründet der Senat oder die zuständige Behörde dies, angesichts der Tatsache, dass eine der untersuchten Alternativen darin besteht, den Hochschulbau weitgehend in der bisherigen Form zu finanzieren und umzusetzen?*

Die seit dem 1. Juni 2010 ausgeschriebenen zwei Stellen in der Finanzbehörde mit den Wertigkeiten A 15/E 15 und A 14/E 13 sind schwerpunktmäßig für die Steuerung des Sondervermögens „Schulbau Hamburg“ vorgesehen. In den Stellenausschreibungen wird darauf hingewiesen, dass das neu eingerichtete Referat außerdem Ansprechpartner für das Projekt für die Gründung eines weiteren Sondervermögens für die Hochschulen sein wird.

Außerdem befindet sich in der Behörde für Wissenschaft und Forschung derzeit eine Stelle A 12/E 12 „Sachbearbeitung im Bau- und Investitionscluster“ in der Wiederbesetzung, zu deren Aufgaben auch die Mitwirkung im Projekt zum Hochschulbau gehört.

Die ausgeschriebenen Stellen stehen insoweit nicht im Widerspruch zur vom Senat beschlossenen Prüfung anderer Optionen zur Behebung des Investition- und Sanierungsstaus im Bereich der Hochschulen (siehe auch Drs. 19/6549).

4. *Wenn nein, sind die Stellenbesetzungsverfahren bereits gestoppt?*

Entfällt.

5. *Wie viele Stellen sind in diesem Zusammenhang bisher ausgeschrieben worden, in welchen Besoldungs- beziehungsweise Gehaltsgruppen?*

Siehe Antwort zu 1.

6. *In welcher Höhe sind für diese Stellen Personalkosten im Haushalt anzusetzen?*

Die Personalkosten der drei ausgeschriebenen Stellen in Höhe von rund 222.000 Euro p.a. sind im Wirtschaftsplan des Immobilienmanagements beziehungsweise im Personalbudget der Behörde für Wissenschaft und Forschung veranschlagt.

7. *Sind weitere Stellenausschreibungen im sachlichen Zusammenhang mit dem Ziel der Beseitigung des Investitions- und Sanierungsstaus an den Hochschulen geplant?*

*Wenn ja,*

- a. *wann,*
- b. *wie viele,*
- c. *in jeweils welchen Besoldungs- oder Gehaltsgruppen,*
- d. *in welchen Behörden beziehungsweise Dienststellen,*
- e. *mit welchen finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt?*

Gegebenenfalls sind Ausschreibungen für Stellen der Projektgruppe erforderlich, die die Arbeiten in Zusammenhang mit der Vorbereitung der künftigen Organisation und Finanzierung des Hochschulbaus durchführt. Die erforderlichen Mittel wurden mit Drs.19/5798 bereitgestellt.